

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Erde“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Pernsdorf, Welkowitz.

**Anzeigenpreis:** Die Spaltenzeile 100 Zeichen oder deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verlobungs- und Verheirathungsanzeigen 4 Goldpfennig. — Verkaufpreis: Die Spaltenzeile 40 Zeichen oder deren Raum 10 Goldpfennig.

Freitag, 25. Juli 1924

**Bezugspreis:** Bei wöchentlich 6 maligen Erscheinen monatlich 2.—, wöchentlich 60 Pfg. Einzelne durch Straßenhändler u. Klöße 10 Pfg. Redaktion und Expedition: Breslau, Rebnitzer Straße 60. — Postfachkonto Breslau Nr. 810 00 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8897.

## Genosse Fröhlich erneut verhaftet.

Breslau, 25. Juli.

Gestern Vormittag um einhalb 8 Uhr wurde Genosse **Soest Fröhlich** von Beamten der Breslauer politischen Polizei verhaftet.

Trotz wiederholter Anfragen bei verschiedenen Abteilungen des Polizeipräsidiums konnte weder die Redaktion noch das Büro des Rechtsanwalts **Simon** eine zuverlässige Auskunft über den Grund der Verhaftung erfahren.

Die Nachrichtenstelle des Präsidiums erklärte auf telefonische Anfrage es sei ihr von einer Verhaftung des Genossen **Fröhlich** nichts bekannt. Die Redaktion des Untersuchungsgefängnisses verweigerte jede Auskunft.

Den Polizeipräsidenten **Kleibömer** konnten wir trotz wiederholter Anfragen nicht erreichen. Sein Vertreter teilte uns mit, daß keinesfalls Genosse **Fröhlich** auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft **Waberhorn** erlassenen Haftbefehls in Haft genommen und bereits gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden sei.

Die Angelegenheit ist dunkel und erheischt sofortige Antwort.

Ist es nicht sonderbar, daß Genosse **Fröhlich** frühmorgens von der politischen Polizei verhaftet wird und die Nachrichtenstelle des Polizeipräsidiums am späten Nachmittag hiervon keine Kenntnis hat?

Wenn Genosse **Fröhlich** bereits dem Untersuchungsrichter vorgeführt sein soll, warum verweigert die Direktion des Gefängnisses jede Auskunft?

Wollt man auf diese Weise verhindern, daß die schlesische Arbeiterzeitung die wahren Gründe, die zur Verhaftung des Genossen **Fröhlich** Anlaß gaben, erfährt?

Ist es die berühmte Duplizität der Ereignisse, daß die „Schlesische Arbeiterzeitung“ am 24. nochmals die ungeheuerliche Verleumdung anlässlich der letzten Verhaftung des Genossen **Fröhlich** aufrollte und daß wenige Stunden nach Fertigstellung der Zeitung die erneute Verhaftung des Genossen erfolgte? Oder besteht zwischen jenem Artikel — der wie wir hören, Herrn **Kleibömer** besonders auf die Nerven gefallen ist, ein ursächlicher Zusammenhang?

Ist es nicht auffällig, daß lt. Bescheid des Oberstaatsanwaltes — den wir gestern veröffentlichten — Anfang Mai die

Nachricht beim Präsidium einlief, daß kein Haftbefehl gegen **Fröhlich** vorlag, während jetzt ein neuer Haftbefehl aus **Waberhorn** ergeht!

Das sind die Fragen, auf welche die schlesische Arbeiterzeitung sofortige Antwort erheischt! Welche alten oder neuen konstruierten Gründe Anlaß zu der erneuten Verhaftung des Genossen **Fröhlich** gegeben haben mögen. Eines steht fest: Auch diese Verhaftung ist nur ein Glied der großen Kette der Verleumdungen der Bourgeoisie und ihrer Regierung gegen das revolutionäre Proletariat und seine Avantgarde, die kommunistische Partei. Genosse **Fröhlich** ist seit Jahresbeginn zum drittenmal verhaftet.

Seine erneute Einlieferung wird ihn ebensowenig wie seine letzte ungeheuerliche Einsperrung durch **Kleibömer** in seiner mülig verfolgten revolutionären Ueberzeugung wanken machen.

Schlesische Arbeiter! Die erneute Verhaftung des Genossen **Fröhlich** ist ein Schlag gegen Euch und Euer Sprachrohr, die „Schlesische Arbeiterzeitung“. Außer dem Genossen **Fröhlich** sitzen noch die Redakteure **Biewald**, **Eilbermann** und **Gläser** seit Monaten in den schlesischen Kerlern. Mundtotmachung der kommunistischen Presse durch Verbot, Aufnahme der kommunistischen Partei durch Verhaftung ihrer fähigsten Funktionäre, das sind die Mittel, mit denen die Gewalthaber das Proletariat niederhalten wollen.

Je näher der Zeitpunkt zur Durchführung des Sachverständigenabkommens rückt, desto wilder werden die Angriffe gegen die KPD.

Hinzu kommt noch, daß die „Rote Kampfwoche“ beginnt und die Wahlen in Oberschlesien laziert worden sind, um **Sabbach** und **Zendrosch** vom Reichstag ins Gefängnis zu befördern.

Genossen, es gilt die Schläge zu parieren! Für jedes Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ tausend Abonnenten. Für jede Verhaftung eines Genossen drei neue Betriebszellen und 100 Agitatoren! Auf jeden Schelm anderthalb!

Das muß die Antwort der schlesischen Arbeiter auf den neuen Gewaltakt gegen die KPD und ihre Presse sein. In allen Betrieben muß sofort zu der Verhaftung des Genossen **Fröhlich** Stellung genommen werden. Aus jeder Versammlung, aus jeder Hütte, aus jeder Fabrik aus jeder Werkstatt muß der Ruf erschallen:

Heraus mit Genossen **Fröhlich** und allen anderen politischen Gefangenen!

## Der Königsberger Skandal.

E. R. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat sich unter der Führung des Herrn **Niedner** nach Königsberg bemüht, um dort über 11 ostpreussische Arbeiter zu Gericht zu sitzen. Die Herren hatten es mit ihrer Gastspielreise recht eilig, sie hielten sich bei den Verhandlungen nicht lange auf — denn ihre Zeit ist kostbar. Schließlich hätte eine ausgiebige Verhandlung vor der Öffentlichkeit denn auch zu offenkundig dargelegen, worauf es bei dieser Justizkomödie ankommt.

Der „Vorwärts“, der sich als völlig unschuldig an dem Skandal der Schredensurteile aufspielt und sein übliches Mißleid mit den „idealistischen Opfern“ heuchelt, gibt dem Staatsgerichtshof völlig recht, indem er mit brutalem Zynismus darunterschiebt: „Freilich hat die kommunistische Partei als solche keinerlei Ursachen zu Beschwerden. Sie hat die Ungeleglichkeit offen proklamiert und darf sich nicht beklagen, wenn der Staat seine Gesetze gegen sie anwendet.“

Der „Vorwärts“ muß in seinem kommunistenfeindlichen Schandtal preisen, die gegen die KPD ausgehebt wird, in den Reihen der Führer der SPD. Sihen diejenigen, die die Kommunistenverfolgungen immer wieder bereichern. Die Arbeiterzeitung kennt die Heidentaten der **Obert**, **Scheidemann**, **David**, **Südelum**, **Heilmann** während des Krieges, sie kennt den **Bluhm**, **Roske**, die **Wels**, **Höring**, **Severing**, den „jüdischen“ **Kuttner** — sie weiß noch nicht zur Genüge, wie das gesamte Führergebüsch darauf brennt, die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzutreten zu können. Diese üblen Pfaffen, die wie Crippien vom Klassenkampf salbadern, um die Massen zu fangen, — für die knechtische Erfüllungspolitik, die wie **Sollmann** von „Recht“ und „Neuer Menschlichkeit“ schwatzen, um um so leichter die Reichswehr nach Sachsen schicken zu können, wo sie 39 Arbeiter löschlägt. Die Sozialdemokratie, sie ist die willige, billige Helferin der schlimmsten Reaktion, sie bietet sich als die Henkerin der revolutionären Arbeiterzeitung an; nur mit Zustimmung der Sozialdemokratie kann die Justiz ihre Schandtat durchzuführen.

Der jetzige Vorsitzende **Crippien**, als er noch in der U.S.P.D. war, brachte einmal einen Vergleich zwischen Sozialdemokratie und christlicher Kirche. Dieser Vergleich trifft zu: So wie die Pfaffen des Mittelalters im Namen des „Freundes der Armen“ Zehntausende von armen Bauern und Leibeigenen zu Ehren der Fürsten und Ritter löschschlägen ließen, so predigt die Sozialdemokratie im Namen des „Sozialismus“ den Vernichtungskampf gegen die revolutionären Arbeiter. So stellt sie ihre Führer der Bourgeoisie als Richter und Henker zur Verfügung.

Es ist doch nicht von ungefähr, daß an dem Schandspruch von Königsberg drei Sozialdemokraten mitgewirkt haben: die **Minister a. D. Wiffel**, der Kreishauptmann von **Leipzig Lange**, und der Metallarbeiterbundes **Brandes**.

Der ganze Haß der Sozialdemokratie gegen die kommunistische Partei kommt in dem Urteil zum Ausdruck. Es jagt auch ganz offen, daß es dem Staatsgerichtshof gar nicht darauf ankommt, die „Verbrechen“ der ostpreussischen Arbeiter zu sühnen, denn sie sind schwer festzustellen. Sagt doch selbst der „Vorwärts“: „Ein Schaden ist nicht entstanden, nur daß einige Waffen, die die Kommunisten sich widerrechtlich angeeignet hatten, ihnen wieder abgenommen wurden. Es ließ sich schwer aus den Einzelheiten ein Hochverrat konstruieren, denn schließlich: die Arbeiter hatten den höchsten Waffen abgenommen, da sich kein Staatsanwalt und keine Polizei fand, die die Arbeiter vor den bewaffneten Feindhunden schützte. Die Arbeiter waren damals, im Herbst 1923, noch so naiv, zu glauben, das Deutsche Reich sei keine Kollisionsrepublik und die bewaffneten Vaterlandskrieger gehörten nicht zu den Staatsorganen, die vom Staatsgerichtshof „zum Schutze der Republik“ behütet werden.“

Die Urteile sind gerichtet gegen die kommunistische Partei — und gegen die gesamte Arbeiterklasse. Die Begründung läßt darüber keinen Zweifel: „Seit September vorigen Jahres war die KPD illegal; jedes einzelne Mitglied konnte gewarig sein nach Paragraph 7 des Republik-Schutzgesetzes (Zuchthausandrohung!) bestraft zu werden.“

Die KPD ist zwar erst im November 1923 verboten worden, doch einem deutschen Juristen, der sozialdemokratische Adjunkten hat, kommt es auf ein paar Monate Illegalität und einige Jahre Zuchthaus nicht an.

Das Urteil nimmt sich auch gar nicht die Mühe, die gedankte Tatsache des Staatsumsturzes durch die KPD zu beweisen, — die Herren **Wiffel**, **Lange**, **Brandes** und Konjorten nehmen ihren Haß gegen die KPD als genügenden Beweis.

Darüber hinaus hat der Königsberger Prozeß seine besondere Bedeutung als Vorpiel für den Monierprozeß gegen die Zentrale der KPD. Der Staatsgerichtshof will nicht nur die Arbeiter mit dem Zuchthausurteil schrecken; er will zugleich den Boden bereiten für den großen Prozeß. Einmal, indem er durch die Schärfe des Urteils und die plumpe Gerissenheit der Urteilsbegründung in der Öffentlichkeit vorführt, inwiefern das „Rechtsempfinden“ jede Brutalität gegen die Führung der KPD erlaubt, zum anderen soll von vornherein — ohne Verfahren — das Verbrechen der KPD schon juristisch festgestellt sein, so daß der Monierprozeß auf die Königsberger Justizkomödie zurückgreifen kann und zum dritten soll auf noch ungeheuerliche Strafen vorbereitet werden.

## Weitere Betriebsstilllegung in der Breslauer Metallindustrie.

Nach dem Bericht des schlesischen Landesarbeitersamtes fällt in der Metallindustrie die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage fast überall an. Bei den **Vinko-Hofmann**-Werken wurde eine weitere Abzweigung stillgelegt und eine Anzahl Arbeitskräfte zur Entlassung gebracht. Ebenso hat die Firma **Archimedes** in Breslau einen weiteren Teil ihrer Belegschaft entlassen.

Die Offensive der schlesischen Unternehmer wirft immer neue Massen auf die Straße. Erst hat man den Achtstundentag mit Hilfe der Sozialdemokratie zu Fall gebracht, dann wurde der Lohnabbau durchgeführt. Jetzt soll der Zehn- und Zwölfstundentag kommen. Die Kapitalisten glauben, durch die Betriebsstilllegungen die Proletariat müde für ihre Ziele zu bekommen. Sie werden sich täuschen. Die Arbeiterzeitung wird einsehen und steht ein, daß gekämpft werden muß, um die Kontrolle gegen die Betriebsstilllegungen, um die Kontrolle der Produktion.

Breslauer Arbeiter! Schlesische Proletariat! Das sind die Vorbote des Sachverständigengutachtens. Begreift, daß nur ein geschlossener, einheitlicher Kampf euch den Sieg bringen kann.

## Arbeiteraktion gegen Arbeitszeitverlängerung in Polnisch-Oberschlesien.

**Rattowig**, 23. Juli. Wie die „Rattowiger Zeitung“ meldet, verließen heute sämtliche Arbeiter die **Amunghaus**-Zinkhütte und ließen die Oefen kalt werden. Auch die **Wohmannshütte** des Werkes schlossen sich der **Wohmannshütte** an.

Wie der „Oberschlesische Kurier“ meldet, steht das Gaswerk der **Bismarck-Hütte**, das größte der **Wohmannshütte** Schlesien, seit Sonnabend unter polizeilicher Bewachung, weil man „Sabotageakte durch radikale Elemente“ befürchtet.

## Alle Zink- und Eisenhütten in Polnisch-Oberschlesien stillgelegt.

**Königsbrunn**, 23. Juli. Gestern mittags sind sämtliche ober-schlesischen Zink- und Eisenhütten stillgelegt worden, da die **Belegschaften** entgegen den Regierungsverordnungen nur acht Stunden Arbeit geleistet haben.

In den gestern allenthaltenen abgeschalteten Belegschaftsversammlungen kam die Unzufriedenheit der Arbeiterzeitung über die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ausdruck. In einer

Näherung der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Berufsorganisationen wird gegen die Verlängerung der Arbeitszeit protestiert.

Heute finden wiederum in ganz Ostoberschlesien Belegschaftsversammlungen statt, in denen zur Lage Stellung genommen werden soll.

Wir begrüßen den heldenhaften Kampf unserer Brüder in **Polnisch-Oberschlesien** gegen das polnische, deutsche und Entente-Kapital.

Die Proletariat in Deutsch-Oberschlesien müssen sich mit der gleichen Entschlossenheit gegen die Bestrebungen der deutschen Kapitalisten auf Verlängerung der Arbeitszeit und dem Zwangsweisen Lohnabbau wenden. Erst wenn das Proletariat in Ost- und West-Oberschlesien eine geschlossene **Phalanx** bildet, wird es gelingen, das internationale Kapital auf der ganzen Linie zurückzuschlagen.

## 19 Jahre Zuchthaus für 4 Proletarier.

In der am 21. Juli vor dem Schwurgericht in **Elberfeld** stattgefundenen Verhandlung wurden die Arbeiter **Mitglied Wegener**, **Göbel** und **Lauer** zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt, weil sie während des Kampfes der Arbeiter um den Achtstundentag am 8. Februar d. Js. eine Bombe in die Villa des Direktors **Albert** geworfen hatten. **Göbel** und **Wegener** erhielten 6 Jahre Zuchthaus, **Lauer** vier Jahre und **Mitglied** 3 Jahre. Das Verfahren gegen den **Mitangeklagten Willmeroth** wurde abgetrennt und wird weitergeführt. Sämtlichen Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt und ihre Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

Ein neues Terrorurteil der Klassenjustiz! Der Direktor hatte die Arbeiter bis aufs Blut provoziert, so daß das „Attentat“ bei der Erregung der Streikenden verständlich war. Niemand ist zu Schaden gekommen. Ein Mitglied der Syndikalisten, **Breiderhoff**, hatte die Arbeiter denunziert, um die ausgelegten paar hundert Mark zu verdienen. Vergeblich versuchte die Justiz einen Zusammenhang der spontanen Tat mit der Kampfleitung herzustellen.

Das Urteil, das in seiner Härte ungeheuerlich ist, ist ein neues Glied in der Kette der Terrorurteile, gegen die die gesamte Arbeiterzeitung ankämpfen muß.



Inzwischen soll Herr Endenauff Paraden ab...  
Freiwilligen werden...  
Der Kommandant...  
Der Kommandant...  
Der Kommandant...

### Der Polizei alles - den Sozialrentnern nichts.

In der Reichstags-Sitzung vom 23. Juli standen die Be-  
richte zur Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Kriegs-  
beschädigten- und Erwerbslosenfürsorge zur Debatte.  
Der deutsche Reichstag erklärte, man könne un-  
möglich die Sozialleistungen den Unternehmern aufbürden. Die-  
sen Worten schloß sich der Zentrumspolizeibräutigam an. Der  
Sozialdemokrat Hoch hielt eine patriotische Rede, durch die den  
Sozialrentnern nicht gefolgt werden kann.  
Erst der Kommunist Maslowitsch beleuchtete die Heuch-  
leien aller Parteien, und besonders des Zentrums. An genaue  
Material weist er das Gedächtnis der Rentnerbesitzer nach.  
Kriegsbeschädigte fliegen auf die Straße und Invaliden-  
rentner erhalten 1 Mark pro Monat.  
Wir Kommunisten fordern Erhöhung der Unterstufungen  
auf das Existenzminimum.  
Für Militär und Paraden, Polizei und Land werden über  
600 Millionen ausgegeben. Wir rufen:  
„Streich diese Millionen und gebt sie den Armen!“  
Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit den Stim-  
men der Sozialdemokraten angenommen.  
Den Sozialrentnern werden über ihre Vertreter die Augen  
aufgehoben. Sie werden sich der Kommunistischen Partei an-  
schließen, die für die Rechte aller Unterdrückten kämpft!

### Bederath leitet die Untersuchung. Der Vork als Gärtner.

Der Hauptschuldige an den 41 Morden in Hannover, der  
Polizeipräsident Bederath, leitet die Untersuchung gegen  
die hannoversche Polizei vorwärts. Die Kriminalkommissare  
Berneburg und Saag, beide aus Hannover, sind ihm zur  
Untersuchung beigegeben.  
Die Schuldigen suchen die Schuldigen. Eine echte Haarman-  
npolizei.

### Berschwinden kommunistischer Funktionäre.

Seit dem 28. Juni wird der Genosse Karl Bloß aus  
Altona vermisst. Bloß war Funktionär der dortigen Organi-  
sation. Er ist zuletzt bei einer Sitzung in Iphoe gesehen wor-  
den. Seitdem fehlt jede Nachricht. Man muß annehmen, daß er  
ein Opfer der Faschisten oder der Polizei geworden ist. Ebenso  
sind der Genosse Dreier seit längerer Zeit vermisst. Die  
hannoversche Polizei legt natürlich keinen allzu großen Wert auf  
die Verfolgung nach den Vermissten.

### Die Belagerung von Sao Paulo.

Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß 20.000 Mann  
Regimentskräfte gegen die Festung Sao Paulo, in der die  
Aufständischen eingeschlossen sind, vorrücken. Die Stärke der  
Rebellen wird auf 10.000 geschätzt.

Der Wortführer Eiserer, Graf Arco, befindet sich nicht im Zucht-  
haus, sondern auf einer Erholungsreise in Italien.

## Die Verschärfung der Eisenbahnen.

Die verantwortlichen Schieber der unverantwortlichen Er-  
füllungspolitik, die unentwegten Verfechter des Sach-  
verständigen-Gutachtens, arbeiten hinter den Kulissen sieberhaft,  
um in aller Eile die „gefürchten Reaktionen“ der Dawes-  
politik zu durchkreuzen zu machen, damit den breiten Massen  
gar keine Möglichkeit des Protestes oder auch nur der Ueber-  
legung bleibt. Am eifrigsten sind die Sozialdemokraten am  
Werke. Sie schreien laut nach „gerechter Lastenverteilung“ und  
bestreiten zugleich als getreue Gehilfen der Bourgeoisie,  
Gerade sie packen die unheimlichen Lasten den Arbeitern zuerst  
auf, und in ihrem Zynismus behaupten sie: Wir machen es  
ihnen so leicht als möglich!

Die Arbeitermassen haben einige bescheidene Fragen zu  
stellen:

#### Warum so eilig?

Warum so im verschwiegenen Kämmerlein? Ihr wisset doch  
im Volksbezirk - so zeigt doch wenigstens die Ge-  
genstände! Wir Proleten verstehen uns zwar schwer  
auf Paragraphen, aber immerhin, eure Eile ist verdächtig.

Am unmittelbarsten werden die Eisenbahner, vor  
allen die Arbeiter, die unteren und die mittleren Beamten be-  
troffen; gerade sie sollten darum im Vorderreffen des Kampfes  
gegen die Hauptpläne der internationalen Bourgeoisie stehen.  
Daher hinaus trifft die Gestaltung des Eisenbahnwesens in-  
folge der Bedeutung der Tarife für die Preise und für die  
Lebensebene die gesamte werktätige Bevölkerung. In der Presse  
lieht man nur Dementis über das, was nicht geplant ist, aber  
was denn eigentlich durchgeführt werden soll, darüber schweigen  
sich die Reichsregierung und alle Behörden aus.

#### Alle Beamtenrechte genommen.

Uns liegt ein Entwurf der Satzung der deutschen  
Reichsbahngesellschaft vor, der am 3. Juli 1924 von der  
Reichsregierung in Druck gegeben worden ist. Im allgemeinen  
gibt er die Vorschläge des Sachverständigen-Gutachtens wieder,  
in den Einzelheiten geht er darüber hinaus.

Die Eisenbahnarbeiter, die mittleren und unteren Be-  
amten, die sich bisher bei allen Lohnverhandlungen als die  
Geringsten, als die zum Hunger Verurteilten mit dem Hinweis  
abweisen lassen mußten: ihr seid dafür doch in Reichsdiensten  
- sie stehen nach diesen Satzungen nicht mehr in Reichs-  
diensten. Sie unterstehen zunächst allen möglichen Vorgesetzten,  
über die ein Generaldirektor (Herr Gröner oder ein anderer  
General) gesetzt ist; dieser wird vom Verwaltungsrat angestellt  
und ist dem Eisenbahnkommissar verantwortlich. Die  
Eisenbahnkommission selbst wird von den ausländischen  
Mitgliedern des Verwaltungsrats gewählt (die deutschen Mit-  
glieder sind nur Strohputzen, sie haben freie Fahrt und be-  
kommen eine Auslösung, die sie selbst festsetzen, also ihnen  
wird's schon nicht schlecht gehen!).

Der Aufbau der Verwaltung zeigt also schon, in welche  
Rechtsverhältnisse die Angestellten der Eisenbahn hineinkommen.  
Sie sind völlig von den Beauftragten der Entente-Bourgeoisie  
abhängig (i. die §§ 22 und 24 über Tarifangelegenheiten!).

#### Die gesamte Eisenbahn verstaatlicht! Die Stenerschraube.

Am meisten wird die Umgestaltung der Eisenbahn durch  
folgende einschneidende Bestimmung des § 24 charakterisiert:  
„Der Eisenbahnkommissar kann dabei die Eisenbahnen  
selbst in Betrieb nehmen und, soweit für die Betriebsführung  
unentbehrlich (1), Fahrzeuge oder andere bewegliche oder un-  
bewegliche Sachen veräußern. Letzten Endes kann der  
Eisenbahnkommissar das Betriebsrecht ganz oder  
zum Teil verpacken.“

Die Eisenbahnen müßten 660 Millionen Mark Zin-  
sen für die 11 Milliarden Schuldverschreibungen  
bringen, dazu die Dividenden für 2 Milliarden Vorzugsaktien,  
schließlich werden 2 Prozent der Betriebseinnahmen von vorn-  
herein als Rücklage verwendet, also muß der Ueberfluß um  
2 Prozent höher sein. Dazu kommt noch die Verkehrssteuer.  
Alle diese Erträge kommen nur aus Niedrighal-  
tung der Löhne und aus Erhöhung der Per-  
soneu- und Frachttarife.

Außerdem ist das Reich verpflichtet, die etwa nicht von  
der Reichsbahn aufzubringenden Beträge aus Zöllen und Steuern  
aufzubringen.

#### Die gesamte Wirtschaft wird unter Kontrolle des

Eisenbahnkommissars gestellt.  
Der Eisenbahnkommissar kann nach § 22 alle An-  
stände und Statistiken verlangen und nach § 24 alle Maß-  
nahmen durchführen, die er für erforderlich hält. Er führt also die  
Kontrolle über den gesamten Güterverkehr durch und kann durch  
Tarifmaßnahmen eingreifen.  
Die Entente hat daneben noch die Kontrolle über den Gelb-  
verkehr mit Hilfe der „Neuen Bank“.  
Damit ist praktisch Deutschlands selbständige Rolle in der  
Weltwirtschaft aufgehoben. Die deutsche Bourgeoisie lebt  
und herrscht über die Arbeiterschaft als Beauftragte und Aus-  
sichtsbildner der Entente-Kontrolle.  
Eisenbahner, Arbeiter, untere und mittlere Beamte!  
Werktätige in Stadt und Land!  
Daher nicht die Verschärfung der Eisenbahnen, Kampf  
in breiter Front gegen die Durchführung des Eisenbahn-  
plans und des gesamten Sachverständigen-Gutachtens!  
Keine Privatisierung der Eisenbahnen!  
Dafür Sozialisierung des gesamten Verkehrswesens und  
der Schiffahrtsindustrie!  
Keine Kontrolle der Wirtschaft durch die Entente-  
kommissare - dafür Arbeiterkontrolle der Produktion!  
Weg mit der Erfüllungspolitik der kapitalistischen  
Regierung Marx!  
Es lebe der Kampf für die Diktatur des Proletariats!

### Der kommende Stahl-Eisen-Weltkrieg.

Nach dem „Dortmunder Generalanzeiger“ sind 31. in  
Belgien und Frankreich Bestrebungen im Gange, um auf der  
Grundlage eines französisch-belgisch-luxemburgischen Stahlindus-  
triats oder Kartells die Bildung eines über ganz Europa sich  
verbreitenden Welteisens- und Stahlkonzerns vorzunehmen, wie  
er bereits vor dem Kriege bestand. Damals existierte der  
internationale Eisentrust, dem amerikanische, englische, deutsche,  
französische und belgische Unternehmungen angeschlossen waren.  
Der Krieg setzte dieser Weltwirtschaftsbewegung ein Ende. In der Nach-  
kriegszeit wurden die Trustbewegungen für Eisen- und Stahl-  
erzeugnisse, für ein Eisen- und Stahlkartell, zunächst von der  
deutschen Seite wieder aufgenommen. Vor allem war es der  
Stinneskonzern und sein Generaldirektor Böglert, der  
sich für die Bildung eines Welteisens- und Stahlkonzerns einsetzte.  
Die Reise des amerikanischen  
Stahlfabrikanten Gary nach Deutschland wird mit den Verhand-  
lungen hierüber in Verbindung gebracht. Kurz vor dem Tode  
Stinnes' tauchten Meldungen auf, daß Stinnes, Generaldirektor  
Böglert und andere deutsche Industriekapitalisten sich nach England  
und Amerika begeben haben, um Verhandlungen über die  
Welteisens- und Stahltruste zu führen. Allem Anschein nach  
werden jetzt die Bestrebungen von belgischer Seite wieder  
aufgenommen.

### Wegen Entwaffnung von Faschisten zu 14 Jahren 11 Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht in Münster verurteilte am 17. Juli  
24 Arbeiter zu der unerhörten Strafe von 14 Jahren 11 Mo-  
naten Gefängnis.  
Die Schutzpolizei hatte bei einem Landwirt Waffen gelagert.  
Die Arbeiterschaft in Abbenbüren war der Auffassung,  
daß diese Waffen zur Durchführung der faschistischen Aufsch-  
pläne verwendet werden sollten. Im ganzen Reiche waren  
ja die Faschisten im Oktober v. Js. bereit, die bewaffnete fa-  
schistische Erhebung durchzuführen. Bei der Durchsuchung des  
Anwesens des Bauern fanden aber die Arbeiter keine Waffen  
vor.  
Der Prozeß sollte die ganze politische Lage im Herbst des  
vorigen Jahres auf. Die Angeklagten verhielten sich sehr  
tapfer vor dem Klammersgericht. Charakteristisch ist, daß der  
Staatsanwalt den Angeklagten lauter ehrliche Motive zu-  
gestand, aber dennoch ungeheure Gefängnisstrafen unter Ab-  
erkennung der „bürgerlichen Ehrenrechte“ beantragte.  
„Seil Mostau!“ riefen die verurteilten Genossen, als die  
Zwölf folgende Klassenurteil verkündete: Vorstehende zwei Jahre  
Gefängnis; Weithöller ein Jahr Gefängnis; Käbe 10 Monate  
Gefängnis; Hoffmeier und A. Meier zu je 7 Monaten Gef-  
ängnis; die übrigen zu je 6 und 3 Monaten Gefängnis.

## Farbige Winde.

Erzählung von Wasswold Iwanow.  
(Verlag Carl Hahn Verlag, Straß 6, Leipzig, Hamburg 3)

V.  
Folgendes spielte sich vor dem Viehhall ab:  
Stemjon betrachtete lange und nachsichtig Dmitris geschwollene  
Augenlider und sagte dann prüfend:  
„Der Vater ist ein haushalterischer Bauer, er weiß, was  
er tut. Ja, er hat einen gefunden Kopf auf den Schultern!“  
Dmitri stand mit geschlossenen Augen schweigend vor ihm.  
Im Stall blühte ein Kalb. Der Dampf des kochenden Dampfers  
legte sich behäufend auf die Stall.  
„Ihr meint, er mag's abschlagen?“ fragte er grinsend.  
„Kann schon sein, und ich hätte schon gedacht, der Alte  
hat in diesen acht Jahren seinen Verstand verloren!“  
Stemjon wandte sich ab, nahm die Milchgabel auf und  
stellte sie in die Ecke.  
„Wir haben uns was ausgedacht“, sagte er leise mit  
tiefer Ueberzeugung, „ich und die Hölle - sie ist ein geheimes  
Fremdgemisch. Der Alte ist ein kluger, haushalterischer Bauer,  
er wird sich sein Teil dabei denken, wenn er so viel von dem  
neuen Glauben spricht! ... Das Kalb hat den alten Glauben  
fast bekommen, da hat der Alte sich seinen eigenen ausgedacht.“  
Dmitri hustete heiser und warf einen Blick auf das Kalb.  
Er nickte mit seinem nam Trank angedunkelten Kopf.  
Stemjon fuhr noch leiser fort:  
„Was wird er natürlich kein Wort darüber sagen - ist  
ein launischer Mann, der die Träger hat er von seinen  
Geschäften auch nichts erzählt. Kein Wort! ... Was meint  
du?“  
„Das mag man diplomatisch machen! ...“  
Stemjon bewegte errötet seine Arme und zwang sein Haupt  
zurück. Lunte mit dem Finger auf Dmitris Brust:  
„Berstcht du, Mija - Handelsgeheimnisse sind jetzt gefähr-  
lich - die Waren mag man aus der Handhülle holen! ...  
Und das Volk ist ränderisch geworden!“  
„Ja, das Volk tangt gar nichts mehr. Wie viele Leute  
sind in den letzten Jahren totgeschlagen worden und es bleiben  
noch noch immer welche übrig.“

„Und ein Handelsmann kann so ein Leben nicht verkaufen.  
Und da hat er sich denn... den Glauben ausgedacht!“  
Dmitri schaute begeistert. Stemjon trieb das Kalb fort,  
wart ihm hin und hing.  
Stemjon blieb eine Weile stehen, betrachtete das Dach  
der Scheuer mit dem hellgrünen Stroh darauf... Plötzlich  
stammte er beide Hände in die Hüften und begann gymnastische  
Übungen zu machen.  
„Eins-zwei! ... Eins-zwei! ...“  
Nach dem Mittagessen rief Stemjon Mijman vor das Hof-  
tor hinaus und sagte zu ihm:  
„Du wirst mir eine Einmiedlerhütte bauen! Wie die Heiligen  
sie haben!“  
„Was sagt er?“ starrte ihn der Kirgise an.  
Stemjon wie aus, wachte die Äpfel und ließ hinter dem  
vorübergehenden Vater nach.  
„Recht du, Vater“, sagte er, „ich hab' dir eine Einmiedler-  
hütte bestellt. Mijman wird sie bauen. Bloß streichen kann  
er sie nicht!“  
Dmitri Jesimowitsch blieb stehen, betrachtete eine Weile die  
trüben Fenster der grünen Häuser und nickte dann zustimmend.  
„Wie soll es recht sein! ... Und die Agrippina? Will  
sie nicht heiraten?“  
Stemjon zimmerte ihm zu:  
„Wir werden ihr einen Popen finden. Wort! nur! ...  
Ich weiß schon!“  
Das Häuschen wurde bald fertig. Dmitri zimmerte eine  
breite Bettstelle zurecht.  
Agrippina trat ins Häuschen und hielt lange schweigend  
die Hände an:  
„Wird er die Reiber auch herbei bringen?“ fragte sie  
obenhin.  
Dmitri stieß mit der Hand über die Balken der Wand,  
puffte das gedorrte Moos in eine Ecke und lobte:  
„Wäre auch für Nikolas den Wandertäter gut genug!  
Kannst zufrieden sein.“  
Drei Tage darauf zog Dmitri Jesimowitsch in die Hütte.  
Abends kam Stemjon erdig bezaubernd, bekränzte sich und  
fragte unruhig:  
„Berstcht du, Vater?“  
Dmitri Jesimowitsch lag im Bett.

dem Kopf verstrahlt. Antwortete mit fester, breiter Stimme:  
„Rein.“  
Stemjon stand eine Weile da, blinzelte zu Boden, bemerkte  
einen Holzspan, steckte ihn die Tasche.  
„Ein ausgezeichnetes Einmiedlerhaus! ... Ein Prior könnte  
hier wohnen!“  
Und fügte unruhig hinzu:  
„Aber du mußt belen... Ich weiß doch, daß du belen  
kannst. Ohne Gebet bist du kein Christenmensch! ... Stimmt's,  
Vater? ... Wie?“  
Er hatte eine angestellte, bettelnde Stimme. Dmitri Jesi-  
mowitsch blinzelte in sein hartes Gesicht mit den ausgehöhlten Lippen  
und sagte, sich zu der Wand wendend:  
„Schlafen will ich.“  
Am gleichen Tage sprach Dmitri lärmend zu den ver-  
sammelten Bauern:  
„Sah't ihr's schon gehört? ... Dmitri Jesimowitsch, mein  
Vater, befel die ganze Nacht auf den Ärien! Und die Heiligen  
sprechen zu ihm! Er lebt jetzt in einer Einmiedlerhütte und  
betet für Euch! ...“  
Lange und verworren erzählte er von den Erscheinungen,  
die seinen Vater heimsuchten. Er vermenigte die Namen der  
Heiligen mit denen der Generale, die er kannte, und fügte  
in seine Geschichten ein.  
Hinter der schmutzigen Tür des Gemeindehauses hing es  
violettes Stück Himmel.  
Die Bauern schwiegen ratlos und starrten mit ihren grün-  
lichen Augen in die offene Tür.  
Draußen in der Dunkelheit raunte Agrippina Dmitri zu:  
„Wie wird's denn mit der Kajakia, sie ist ja unglaublich!“  
Dmitri stieg die Treppe hinan, blieb stehen, dachte nach  
und sagte:  
„Das werden wir schon machen! ...“  
Der Tag des Heiligen Eustachius kam still und weich her-  
über. Man brachte goldene, nach Honig duftende Hasfergaben vor  
Herbe. Auch die starken Pferde mit weichen grünen Augen  
truden nach Honig.  
Reich und bequäm fiel der Wasserfall über die Stein-  
Die gedekten Wagen der Kirgisen zogen über den Weg  
und verdrängten in den Bergen. Auch das Vieh nahm den



# Der Zentralausschuss der KPD. zum Weltkongress.

Von R. F.

1.

Am Sonntag, den 20. Juli, tagte der Zentralausschuss der KPD. An der Konferenz nahmen sämtliche politische Sekretäre und leitenden Redakteure aus dem Reich teil. Die Tagesordnung behandelte den Bericht vom 5. Weltkongress und einige aktuelle politische Fragen. Die einstimmige Annahme aller Beschlüsse ist ein Beweis dafür, wie sich unsere Partei zusammengedreht und gefestigt hat nach den schweren Auseinandersetzungen, die im Gefolge der Oktoberereignisse entstanden. Jeden Tag sehen wir die Verfolgungen gegen unsere Partei sich verschärfen. Die Schandurteile in Ostpreußen, die schamlose Verleugung der geprüften demokratischen Einrichtungen im Reichstag und im Landtag, die fortbauenden Verhaftungen und Zeitungserbote, schließen unsere Partei noch enger und fester zusammen. Die schweren Verfolgungen gegen die Kommunisten erreichen das gegenteilige Ziel, das die Bourgeoisie mit diesen Verfolgungen erreichen will. Die Offensive gegen unsere Partei zerlegt nicht unsere Kraft, zermürbt nicht unsere Organisation, schädigt nicht unsere Arbeit, sondern schließt die Hunderttausende von kommunistischen Arbeitern fester zusammen, jene Arbeiter, die sich durch fünf Jahre bitterster Erfahrungen seit den Tagen des November 1918 von jeder Illusion über das Wesen dieser kapitalistischen Republik und dieser „Demokratie“ befreit haben. Die Einstimmigkeit des Zentralausschusses zeugt für die wachsende Klärung und Festigung in allen grundsätzlichen Fragen unserer Politik und Taktik.

II.

Der Bericht vom Weltkongress brachte als Ergebnis eine klare und nüchterne Analyse der Lage und eine konkrete Bestimmung unserer Taktik in der gegenwärtigen Periode. Der Zentralausschuss beschäftigte sich in ausführlicher Debatte mit den neuen Methoden zur Schwächung der Kampfraft des Proletariats, die gegenwärtig von den vereinigten Kapitalisten und Reformisten angewendet werden. Stand auf dem 4. Weltkongress die Frage des Faschismus als eine besondere Form der kapitalistischen Diktatur im Vordergrund der politischen Diskussion, so mußte sich der 5. Weltkongress mit der neuen Welle des Faschismus beschäftigen, der eben so wie die faschistische nur eine besondere Form der kapitalistischen Offensive ist. Faschismus oder bürgerlich-liberaler Sozialismus oder sogenannte „Arbeiterregierungen“ sind nichts anderes als verschiedene Werkzeuge in den Händen der kapitalistischen Diktatur. Wer könnte das klarer sehen und erkennen als das deutsche Proletariat, denn heute die Reformisten der ganzen Welt in allen Zungen weismachen wollen, daß die Zeit des „Gottesfriedens“ anbricht durch den Dawesplan und das Sachverständigengutachten der Kapitalisten. Gerade in Deutschland, wo das Friedensgerede jeden Tag zur Bemäntelung der grausamen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse angewendet wird, gerade hier in Deutschland zeigt sich klar, was hinter der pazifistischen Wraße steckt. Die Demokratie in Deutschland ist so lädiert, daß kein englisch-französischer Brautschleier diese Suren in eine Jungfrau verwandelt. Die aktive Bekämpfung der pazifistischen Illusionen, die Verbreiterung der Aktionen der deutschen Partei gegen das Sachverständigengutachten auf Frankreich und England, Zusammenfassung und Organisierung der Aktionen der deutschen Arbeiterklasse gegen das Sachverständigengutachten, die aktivste Ausnutzung der neu herausziehenden politischen und ökonomischen Krise — das waren die Schlussfolgerungen, die unsere Partei aus der Analyse, die der 5. Weltkongress gegeben hat, zog.

III.

Es ist charakteristisch für die Reise unserer Partei, trotz aller Fehler und Schwächen, die ihr noch anhaften, daß gerade wegen der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, gerade wegen der Verfolgungen und Unterdrückungen, die Partei um so unerschütterlicher und energischer in der Herausarbeitung einer klaren politischen Linie, in Herausarbeitung ihrer Grenzen gegen den Reformismus, an die Herausarbeitung des bolschewistischen Kerns herangeht. Der 5. Weltkongress hat unerschütterlich abgerechnet mit den rechten Tendenzen innerhalb der 3. Internationale. Die Reformisten in ihrer unzulässigen Bindung an die Bourgeoisie sind unfähig, diese Entwicklung der revolutionären Weltpartei zu begreifen. Ebenso wenig wie die zün-

ligen deutschen Sozialdemokraten den Entwicklungsang des Bolschewismus in Rußland verstanden haben, den unerbittlichen, schönungslosen Kampf der Bolschewisten gegen alle Unklarheiten und Halbheiten der Menschlichkeit, ebenso wenig kapieren sie, daß die kommunistische Internationale in der immer stärkeren Betonung ihres Charakters als einer bolschewistischen Weltpartei einen rücksichtslosen Kampf gegen alle reformistischen Entgleisungen und Fehler führen muß. Die Bolschewisierung der westlichen Parteien, die schärfste Präzisierung unserer Taktik, die genaue Bestimmung der Methoden unserer Agitation, gerade in der gegenwärtigen Periode, in der das neue „Friedensgerede“ erblüht, ist die Voraussetzung für wirklich revolutionäre Aktivität. Die deutsche Partei, die auf dem Frankfurter Parteitag mit den Irrtümern und Fehlern der Vergangenheit abgerechnet hat, begrüßt aus tiefster Ueberzeugung die taktischen Beschlüsse des Weltkongresses, welche im internationalen Maßstabe die deutschen Erfahrungen auswertet und unsere Taktik gerade auch auf Grund der deutschen Erfahrungen festlegt. Die alten Streitfragen der Einheitsfronttaktik und der Arbeiterregierung sind durch die Kongressbeschlüsse geklärt. Die Taktik der Einheitsfront, die Agitationslosung der Arbeiterregierung sind Methoden des Kampfes gegen den Reformismus, Methoden des Kampfes gegen den Reformismus, Methoden zur Entlarvung des Reformismus, nie und nimmer aber Mittel zur Annäherung an den Reformismus. Wenn die deutsche Partei es versteht, diese Auffassungen und Beschlüsse des 5. Weltkongresses in die Praxis umzusetzen, dann wird sie einen großen Schritt zur Bolschewisierung der deutschen Partei getan haben.

IV.

In der Gewerkschaftsfrage hat der Zentralausschuss einstimmig die Beschlüsse des Kongresses in bezug auf die Verstärkung der Gewerkschaftsarbeit in Deutschland angenommen. Die Reinigung der deutschen Gewerkschaften von jeder Opposition durch den Hinauswurf der Kommunisten ist ein bestimmter Teil des Planes der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat, der von den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten getreulich durchgeführt wird. Die fortwährenden Ausschüsse, die ständigen Spaltungsabsichten der Gewerkschaftsbürokratie machen es begreiflich, wenn diese revolutionäre Arbeiterelemente in unserer Partei oft dazu neigen, die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit in den freien Verbänden überhaupt für unmöglich zu halten. Aber es ist ein großer Fortschritt, wenn unsere Partei einstimmig beschloß, diesen Stimmungen mit aller Energie entgegenzutreten und die veritäre Arbeit in den Gewerkschaften als unmittelbare aktuelle Aufgabe der Partei anzusehen. Der Zentralausschuss zog aus dem Weltkongress den Beschluß, daß die Partei alle ihre Kraft auf eine planmäßige und energische Gewerkschaftsarbeit gerade im gegenwärtigen Moment konzentrieren muß. Man merkt dem „Vorwärts“ im besonderen und den Reformisten im allgemeinen ganz deutlich ihr Mißbehagen über die Gewerkschaftsbeschlüsse in Moskau an. Durch dummes und läppisches Gerede von der „Moskauer Diktatur“ suchen die Reformisten ihre tiefe Unzufriedenheit darüber zu maskieren, daß die kommunistische Internationale ihren Plan der Reinigung der deutschen Gewerkschaften von allen revolutionären und Halbenbewußten Elementen überhaupt durchschaut und durchkreuzt. Für die Durchführung der internationalen Gewerkschaftspolitik, wie sie vom Weltkongress vorgezeichnet ist, verlangt der Zentralausschuss auf Grund der deutschen Erfahrungen bestimmte Voraussetzungen. Die Propaganda für die internationale Gewerkschaftsarbeit kann niemals die Propaganda für die „Einheit an sich“ sein, sondern nur eine Kampagne für die Einigung aller Arbeiter in einer Gewerkschaftsorganisation auf revolutionärer Grundlage und zum Zwecke revolutionärer Aktionen. Die Massenmobilisation für ein solches revolutionäres gewerkschaftliches Aktionsprogramm — das ist der Sinn der Beschlüsse des Weltkongresses für die Taktik der Gewerkschaften im internationalen Maßstabe — und nicht die Liquidation der KPD, wie die Reformisten behaupten, die Verwirrung in dieser Frage in unsere Reihen hineinbringen wollen, weil sie eine sehr berechtigte Angst vor einer solchen Stellung der Frage in den Massen haben, die die Haltung der Reformisten noch klarer und krasser enthüllen wird. Vielen Lösungsmaßnahmen der Reformisten gegenüber hat der Zentralausschuss sehr klar und eindeutig entschieden: „Alle offenen oder versteckten Vortreibungen, die zur Liquidierung der KPD führen sollen, lehnt der Zentralausschuss ab.“

Die politische Situation des Zentralausschusses sah alle wesentlichen taktischen Beschlüsse in kurzer und präziser Form zusammen. Die Aufgabe der Funktionäre unserer Partei muß es sein, die Weltkongressbeschlüsse in ihrer ganzen Bedeutung den Mitgliedschaften verständlich zu machen, jedem kommunistischen Arbeiter zu zeigen, welchen großen Fortschritt die kommunistische Weltpartei durch den 5. Weltkongress gemacht hat. Bolschewisierung der Parteien und Organisierung der Revolution dürfen kein leeres Schlagwort bleiben, sondern müssen im täglichen Feuer des Kampfes in den Betrieben, in den Gewerkschaften, in den Parlamenten durchgeführt und angewandt werden. Die Partei geht jetzt einheitlich an die Lösung dieser Aufgabe heran. Große aktuelle Kampfsaufgaben stehen vor ihr: die Organisierung des proletarischen Widerstandes gegen das Sachverständigengutachten und seine Auswirkungen, vor allem der Kampf gegen die Betriebsstilllegungen und gegen die wachsende Arbeitslosigkeit, der Kampf für die Wiedereroberung des Achtstundentages und die Produktionskontrolle, der Kampf für die Befreiung unserer proletarischen Kämpfer, der Kampf gegen die Klassenjustiz.

In diesen Tagen wird der Reichstag nach der Ablehnung der Amnestie für die proletarischen Kämpfer alle Gesetze, die mit dem Sachverständigengutachten zusammenhängen, „unter Dach und Fach“ bringen. Dann werden die Herren Entente-Kommissare und Kontrolleure ihren Einzug in Deutschland halten und gemeinsam mit den deutschen Kapitalisten die Ausplünderung der deutschen Arbeiterklasse verschärfen. Die vereinigten Kapitalisten der Entente und Deutschlands werden es zu spüren bekommen, daß die Kampfraft des deutschen Proletariats noch nicht gebrochen ist. Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses werden der KPD helfen, den revolutionären Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gegen den neuen Unterdrückungsflug der verbündeten internationalen Kapitalisten und Reformisten zu führen.

## Die Niedersächsische Arb.-Ztg. verboten.

(Eigener Drahtbericht) Hannover, 23. Juli.

Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ Hannover, die mutige Vorkämpferin gegen den Saarmannstumpf, wurde durch einen Ukas von N o s t e auf vier Wochen verboten.

Um seine durch den Fall Saarmann bedrohte Position zu retten, verbietet der Sozialdemokrat, Oberpräsident N o s t e, unser Bruderorgan. Die Volksmassen, die empört über den ungeheuerlichen Fall, daß ein 41-jähriger Lustmörder, ein Menschenfeind, Beamteter Polizeibeamter sein konnte, die Abweisung und Bestrafung Nostes verlangt hatten, sollen jetzt wo die Voruntersuchung gegen den Verbrecher eingeleitet worden ist, „beruhigt“, beschwichtigt und abgelenkt werden, damit die Noste unbemerkt wieder zugefedt werden kann. Das ist der Sinn des Verbotes.

Doch das Verbot wird die gegenteilige Wirkung von dem was er beabsichtigt, haben. Die ganze Bevölkerung Hannovers bis weit hinein ins Kleinbürgertum fühlt, daß die kommunistische Zeitung allein ihre Interessen wahrnahm, als sie in den Stumpf der Nostepolizei rücksichtslos hineinleuchtete. Mitleidig hat die KPD, diese ihre Aufgabe erfüllt. Sie hat ihre Auflage von 8000 auf 35000 gesteigert.

## Produktionslabotage.

Die Höchster Farbwerke stillgelegt. (Eigener Drahtbericht) Höchst, 22. Juli.

Die Direktion der Höchster Farbwerke, eines Betriebes von 12000 Mann, hat den Betrieb geschlossen und die gesamte Belegschaft entlassen.

## Betriebseinschränkungen auf den Zechen.

Adm, 23. Juli. Die Grube Weiß der Stallwerk A.G. ist stillgelegt. Die Grube Blicsenbach ist auf 200 Mann abgebaut. Die Direktion gibt bekannt, daß der Rest ebenfalls entlassen werden wird, wenn die Arbeiter nicht in einem Lohnabbau einwilligen.

mit: bis Mitternacht hingen schwere Staubwolken in der Luft. Der Kirgisenstamm zog gegen Westen, am Dorf Taltika vorbei. Džirgat Jesimtschik stand an der Brücke und folgte den Kirgisen mit den Augen. Alimjan wechselte gurgelnde, ängstliche Laute mit den vorüberziehenden Wagen. Sie rochen nach Kamelen und Pferdeschweiß. Die Gesichter waren unruhig, komisch, die schmalen Schlägen blähten furchig gegen Süden. „Wohin gehen sie?“ fragte Džirgat Jesimtschik. Alimjan leuchtete: „Krieg! Kirgise liebt nicht Krieg, Kirgise will guten Köffer!“ „Krieg?“ Der mit Amuletten und Glöckchen behängte Schamane Apo fuhr in seinem geschmückten Wagen vorbei. Die Kamelen brüllten und spuckten geräuschvoll aus. Die zarten, feingliedrigen jungen Tiere liefen mit hellem Getrampe über die klingende Brücke. „Krieg!“ sagte Alimjan, nachdem er eine Weile geschwiegen. „Weißer General will Krieg, roter General will nicht Krieg. Es lebe, ganz schön!“ Vom Wasserfall her flogen grüne Spritzer auf die Kirgisen. Wie eine Schar wütender, in den Netzen gefangener Fische schlug das Wasser in den Steinen. Blau, zart, wie das Fell eines Blauschwanzes lag der Himmel über der Erde. Die Wagen rollten. Es gab ihrer so viele, wie der Vögel im Herbstzug. Sie marrierten formlos und laut. Als Dmitri von seinem mit Hafersackern beladenen Wagen aus den Vater erblickte, rief er, auf die Kirgisen weisend: „Schau doch, wie die rennen! ... Wie die Kaffen, die den Tod jüden!“ Džirgat Jesimtschik ging langsam nach Hause. Auf der Haustreppe sah ein podennarbiges Weib mit einem Kind auf dem Arm. „Was willst du?“ fragte Džirgat Jesimtschik. Die Frau legte das Kind auf eine Stufe und ließ sich den vorstehenden Leib mit beiden Armen fängend, auf die Knie nieder. Ihre mageren tranenmassigen Wangen zu ihm hebend, sagte sie heiser: „Sei ... er stirbt ...“ (Fortsetzung folgt)

## Die „Kulturmission“ der Frau.

Begriffe sind nichts Feststehendes. Sie unterliegen hinsichtlich ihrer Deutung dem Wandel der Zeiten. Diese Worte sind der Anfang eines Artikels in der letzten Frauenbeilage der „Volkswacht“ von Lydia Rußland. Und wahrlich, es könnte ja scheinen, es existiere die Sozialdemokratie einzig und allein nur noch deswegen, um die Richtigkeit dieser beiden Sätze zu beweisen. Die deutsche Sozialdemokratie, auf deren Banner einst stand: „Friede den Hürten, Krieg den Falschen“, hat das Banner in die Erde geworfen und ist heute der Rettenhund nicht nur der deutschen, sondern der internationalen Bourgeoisie. Was aus der deutschen Sozialdemokratie geworden, wo sie gelandet ist, das zeigt am besten ein Blick auf die Frauenbeilagen der sozialdemokratischen Zeitungen. Ganz unumgänglich ist bei Betrachtung dieser Blätter der Gedanke, daß einmal Lara Zetkin diese Frauenbeilagen redigierte, ja selbst Konzepte zickte sich ob dieser Politik nicht nur im Grabe undrehen, sondern wir befürchten, daß sie sich dort in händerger Rotation befindet. Eine solche Frauenbeilage losgelöst vom „Hauptblatt“, kein Mensch wird erraten, daß das ein Nebenprodukt der „Sozial-Anzeiger“-Presse oder einer anderen bürgerlichen Zeitung heissen. Von vorn nach hinten und umgekehrt durchsuche man sie und man wird auch nicht das Wort Sozialismus, Proletariat, Arbeiterklasse oder gar Revolution (hu, hu!) finden. Aber das bestrebt nur der Ueingezeichneten. Denn gerade das ist heute die „historische“ Aufgabe der Sozialdemokratie, die Klassenorgane in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verschaffen. Es ist, um mit den Worten Lydia Rußlands zu reden, die „Kulturmission der Frau“. In dem Artikel heißt es wörtlich: „Die Frau hat im Parlament eine Kulturmission — sie soll die Zerrissenheit der Parteien überbrücken helfen.“ Ausdrücklich wird es abgelehnt, die Instinkte des Machtkampfes in das öffentliche Leben zu tragen.“ Nur weiblich und lebendig“ will die sozialistische Frau wirken. Von diesem Gesichtspunkt aus hat L. Rußland sehr recht, wenn sie darüber jammert, daß die Arbeit der Frau von den Parteien nicht genügend gewürdigt wird, was sich — und das ist besonders schmerzhaft — bei der Aufstellung der Kandidatentlisten zu den Parlamenten auswirkt, denn es ist wirklich kein kleiner Dienst der hierdurch der Bourgeoisie erwiesen wird. Einen Kampf allerdings führt auch die Sozi-Frau: den Kampf um den guten Ton. Die Anpassungen und Anfeindungen der Parteigegner untereinander, die „Berührung des Parlaments und der Öffentlichkeit“ haben es dem zarten weiblichen Gemüt angetan. Es ist auch für ein solches Gemüt

nicht einfach, den Wahlkampf zu führen. Spricht man über das Gend der Kinder, während die Behühenden in den Bädern des Auslands schlennen, so ruft die verrohte Öffentlichkeit: Nostes Name steht auch in der Kurliste. Oder man sagt, daß die Mittel für Wohltätigkeit („Kulturmission“) zu spärlich eingehen und für Luxus ungeheure Gelder ausgegeben werden, so wird man leicht an das Interesse Scheidemanns für historische Möbel und Sierings für modernes Porzellan erinnert. Eine Gelundung der parlamentarischen Verhältnisse wird erst eintreten, wenn der soziale Mensch in den Vordergrund alles Handelns tritt.“ Vorzüglich, so sagt L. R., herrscht der politische und ökonomische Mensch. Dafür ist aber auf den „sozialen“ Menschen in der Frauenbeilage desto mehr Rücksicht genommen, hier tobt sich die „Kulturmission“ aus. Fast die Hälfte fällt ein Inserat der „Modenschau“ mit Seidenblusen und Schraffelshuben. Die Arbeiterfrau, der bald das letzte Gend vom Leibe fällt, kann sich, damit die Zerrissenheit der Parteien „überbrückt“ wird, wenigstens an den Illustrationen ergötzen. Der „Ueberbrückung“ dient auch die folgende Notiz. Dort wird der Arbeiterfrau mitgeteilt, daß Kirschenspiele einen guten Tee für Krankeiten der Altmutterorgane geben, aber dieser Tee sei auch ein gutes „allgemeines Getränk“. Wie herrlich ist doch diese Welt eingerichtet, fressen die Reichen schon die Kirchen allein, so werden sie vielleicht doch ihre „Kulturmission“ erkennen und den Arbeitern die Güte zum Ton lassen. Damit fallen auch die Argumente der Kommunisten gegen die von der SPD. beschlossenen Umfassener, die Proleten trüben Tee aus Kirchenstößen, der ist steuert. Da oben doch bei den Arbeiterfrauen Zweifel entstehen wurden, daß durch diesen Volkswacht die Schwindsucht geheilt und das Geld gehoben wird, wird die Redaktion der Frauenbeilage endlich energisch und predigt den Kampf — gegen die Fliegen. Es wird in einer Notiz „Fliegen und Kindersterblichkeit“ gemeldet, daß nicht die durch Arbeitslosigkeit herbeigeführte Unterernährung den Tod der Kinder herbeiführt, sondern die Fliegen. Die Kindersterblichkeit in London sei durch den Kampf gegen die Fliegen zurückgegangen. Leider geschah das im Sommer 1923, sonst könnte man das als einen Erfolg der Arbeiterregierung haben. O, ihr Arbeiterfrauen in Oberösterreich und im Ruhrgebiet, wie schrecklich habt ihr doch eure Aufgabe verkannt. Ihr Parteilassenkampf, geht gegen Streikbrecher und Schandopfer euer Glend zu befeigen. Die SPD. aber sagt auch nicht durch Klassenkampf, sondern durch Kampf gegen die Fliegen, mit Kirchenstößen und dem guten Tee erfüllt ihre „Kulturmission“ und erobert euch schließlich den — Himmel über gar der Seidenbluse mit Hohnschuß und Wenden, Spandauer. H. Janda.







Der 5. Weltkongress der Komintern.

Referat der Genossen Bordiga und Freimuth über den Faschismus.

Telegraphischer Sonderbericht der Inprelort.

Moskau, 3. Juli.

Vierzehnter Sitzungstag.

Bordiga

referiert über den Faschismus und führt aus, daß die Ereignisse die Wichtigkeit der Analyse des fünften Kongresses bestätigt haben.

Die Wirtschaftslage in Italien sei schwierig; der Vorkriegsstand niemals so niedrig wie gegenwärtig. Die Zahl der Arbeitslosen sei niedriger als im Jahre 1920.

Unter den Faschisten bestehen zwei Strömungen: eine für die Bewahrung des alten Staatsapparates, während die zweite unbeschränkte Faschistenbikultur in der Provinz fordert.

Die Ermordung Matteottis rief eine kolossale Aufregung hervor. Der Fall Matteotti beschleunigt die Auflösung des Faschismus.

Die Aufgabe der Kommunisten sei die Liquidierung der liberalen Bewegung, der rechtssozialistischen Partei und das Hinarbeiten auf die Eroberung der Mehrheit der Massen.

Der Vorsitzende übermittelt dem Kongress ein Begrüßungs-Telegramm der Konferenz der Transportarbeiter des Stillen Ozeans (Kantons, Holländisch-Indiens und der Philippinen).

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung referierte über den Faschismus Freimuth:

Der Faschismus entstand als Reaktion gegen die revolutionäre Bewegung der Nachkriegszeit. Die Bourgeoisie verwendete Willkür und Willkür für die Propaganda gegen den Bolschewismus.

Die Geschichte des Deutschen Faschismus weist vier Perioden auf: Erste Periode: von Eberl bis zum Rapp-Putsch, wo sozialdemokratische und bürgerlich-demokratische Regierungen freiwillig gegen die proletarische Revolution verwendeten.

Der Redner schildert ausführlich die Entstehung der national-sozialistischen und der deutschfödischen Bewegung.

Der Redner ist, wert den Kampf der SPD gegen die Faschisten und betont, daß es der SPD zur Zeit des Antifaschistentages vor den Oktobertagen gelungen war, große Kleinbauern und Kleinbürgergeschichten nicht nur zu neutralisieren, sondern sogar zu gewinnen.

Gegen Nadel polemisierend, kritisiert der Redner die Schlageter-Kampagne und erklärt, daß wir den Faschismus nicht durch Angebot von Bündnissen, sondern nur im Kampfe besiegen können.

Wünfzehnter Sitzungstag.

Referat und Diskussion über die Bauernfrage.

Moskau, 3. Juli.

Ein Delegierter der Konferenz Moskauer Proletarienten bringt eine Begrüßung an den Weltkongress. (Beifall.)

Nach der statistischen Schilderung der Bauernverhältnisse einzelner Staaten und der Geschichte der Bauernbewegung erklärt der Redner, die objektiven Bedingungen für die Eroberung des Bauernturns durch die kommunistischen Parteien seien vorhanden.

Der Optimismus der deutschen Genossen bezüglich des Faschismus sei gefährlich. Die deutsche Partei sei auf dem Lande noch schwach. Die französische Partei habe bezüglich des Bauernturns nicht genügend gearbeitet.

In der Taktik existieren heute keine allgemeinen Regeln. Es sei notwendig, die Aufgaben konkret zu stellen, da die Bauernschaft konkret denke. In wirtschaftlichen Verbänden der Kleinbauern und Kleinpächter bestehe die Aufgabe in der Bildung von Fraktionen.

Die Gefängnischmach in Schlesien.

Eine Antwort an Herrn Humann.

Der Präsident des Strafvollzugsamts, Herr Humann, in Breslau, Ritterplatz 3, ist infolge unseres seit Monaten geführten Kampfes gegen die Mißstände in den schlesischen Gefängnissen recht nervös geworden.

In einem Schreiben vom 18. Juli beschwert sich der Strafvollzugspräsident darüber, daß wir seine Berichtigung vom 27. Juni nicht vollständig veröffentlicht haben.

Die Drohungen des Strafvollzugspräsidenten schaden uns nicht, zumal seine Berichtigung keineswegs dem Vorkriegsentscheid entspricht. Herr Humann berichtigt nicht, sondern polemisiert gegen unseren Kommentar.

Da wir aber recht gefällige Leute sind, erachten wir es nunmehr als einen Akt der Höflichkeit, Herrn Humann's Berichtigung vom 27. Juni nachstehend wörtlich wiederzugeben:

„In der Nr. 56 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Juni 1924 ist ein Artikel „Die politische Gefangene behandelt worden“ und „Die Komödie der ärztlichen Untersuchung“ abgedruckt.

7000 Genossen schmachten hinter Kerkermauern!

Sie rufen Euch zu: Wir kämpften für Euch! Wir leiden für Euch!

Wir opferten uns für Euch!

Notte Hilfe tut not! Sammelt für uns! Opfert für uns!

Wir opferten uns für Euch!

Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ und zwar in der im Paragraph 11 vorgelesenen Frist.

„Der am Eingang des Artikels „Die politische Gefangene behandelt werden“ und „Die Komödie der ärztlichen Untersuchung“ und mit Wilhelm unterzeichnete Brief stammt von einem früheren Schutzhaftgefangenen, der sich jetzt in Schweden als Untersuchungsgefangener befindet.

Auch die Behauptungen in dem genannten Artikel über die ärztlichen Untersuchungen im allgemeinen entsprechen nicht den Tatsachen.

Hiernach verliest Genosse Treint namens der französischen Delegation eine Deklaration über die Ruhrkredite seitens der französischen Sozialisten: Die französischen Sozialisten bewilligen die Kredite für die Ruhrliquidation.

Genosse Thaelmann stimmt namens des Präsidiums der französischen Delegation zu. Die Komintern und die Profintern beantragen bei der 2. Internationale den gemeinsamen Kampf gegen die Ruhrbelegung.

Ordon (Sowjetunion) erklärt, der Weltkongress müsse die Haltung der kommunistischen Parteien gegenüber der bestehenden Bauernorganisationen bestimmen. Die Hauptfrage sei, welche organisatorischen Aufgaben die kommunistischen Parteien im Dorfe haben.

Die verheerende Agrarkrise wirkt sich auf die Farmer aus, die durch die Banken, Trusts und Eisenbahnen ausgebeutet werden. Die Farmer verdienen wegen der niedrigen Preise ein Drittel des Arbeitslohnes.

führt aus, daß früher der Boden den Banken, der Kirche und den Trusts gehört habe. Die revolutionäre Erhebung habe eine teilweise Agrarreform durchgeführt.

Anstaltsarzt an den Kranken nur vorbeigeht und Rizinusöl und Einreibe anordnet. Es ist ferner unmaß, daß die politischen Gefangenen besonders schlecht behandelt und daß sie von vornherein als Simulanten bezeichnet werden.

Da wir Herrn Humann's Wunsch so prompt erfüllt haben, hoffen wir, daß er uns folgende Antworten beantwortet:

1. Wenn die Untersuchung des Opatums nichts Positives ergab, war der Herr Arzt deshalb berechtigt, den Kranken als Simulanten zu bezeichnen?

2. Gibt es nicht zahlreiche Gefangene, deren Lungen durch den Kerker stark angegriffen werden, die aber nicht tuberkulös sind?

3. Waren die nach der Untersuchung gefallenen Worte: „Der nächste ...“ nicht geeignet, sowohl dem Kranken, als die nach ihm zur Untersuchung gelangenden Gefangenen gleicher zu kränken und sie als Simulanten zu verdächtigen?

4. Haben Sie, Herr Präsident, die Schilderung des Schriftstellers Reimann über seine Erlebnisse in der „Graue“ gelesen? In diesen Schilderungen heißt es:

„Der Arzt schenkt die Reichen entlass und fragt: Gesund? Das ist die Unterdrückung.“

Warum haben Sie der „Vollmacht“ weiche Reimann's Bericht veröffentlicht, keine Berichtigung zugeandt? Wir sind der Ansicht, daß nicht der Gefangene zu entscheiden hat ob er gesund ist, sondern daß der Anstaltsarzt verpflichtet ist, jeder eingelieferten Gefangenen zu untersuchen, um seine Saftfähigkeit zu prüfen.

Geschlechts- und Hautkrankheiten können in die Gefängnisse eingeschleppt werden, wenn die „Untersuchung“ in dieser Weise erfolgt. Wir sind bereit, Herrn Humann 20 Zeugen dafür zu benennen, daß der Arzt im Untersuchungsgefängnis die Untersuchungen in der von Reimann geschilderten Art vornimmt.

Aber bleiben wir zunächst bei Schwednitz. Auf die „Graue“ kommen wir noch zurück.

Die Zustände im Schweidnitzer Kerker. Mäusekot im Essen — Läuse in der Gefängniswäsche

Ein Schweidnitzer Genosse schickt uns folgenden Bericht, der noch einmal in die Zustände des Schweidnitzer Gefängnisses hineindeutet und über die „Berichtigung“ des Präsidenten nochmals Klarheit schafft.

Ich selbst bin Kriegsverletzter. „Lungenplitter“ Ich öffnete des Opatums mein Fenster, um frische Luft zu atmen, was für eine kranke Lunge von großer Wichtigkeit ist.

„wenn man mich noch einmal am Fenster treffen würde, bekäme ich Arceit, oder ich würde in dem Keller verlegt.“

In der Zelle, in der ich zuerst lag, hatte ich bis zum späten November keine Schokolade. Ein mehrmaliges Vorstellen werden Abhalte keinen Erfolg.

Wenn es saubere Wäsche gab, so war dieselbe naß und mit Läusen durchsetzt.

Zur Essen waren als Beigemüse Mäusekot und Würmer an der Tagesordnung. Auf Beschwerden wurde nur geantwortet: „Ich (der Herr Vorbesitzer) kann mich nicht mit der Winte drehen lassen!“



Über auf die Kaiserlichen Geburtstagsfeier legten diese Monarchisten großen Wert. Da auch es nämlich Bedacht mit Adel, was es nicht nur einmal während meiner ganzen Haftzeit gegeben hat, und zwar am ersten Weihnachtsfest.

Auch im übrigen ging es ganz förmlich zu. Wenn die Abteilungen zur Freitunde waren und der Herr Major (Vorheber) durch den Hof kam, wurde gerufen: Wachen ab! Und wenn einige diesen Kommand nicht mitmachten, dann tief der Klagenruf:

Ich werde Euch die Wachen gleich vom Schädel herunter bringen!

Genossen, das sind nur einige Ausläufer aus meiner Haftzeit in Schwabnitz. Ich will es damit bewenden lassen. Sollte jedoch der Herr Major aus Rassel (der Vorheber) etwas einzuwenden haben, so werde ich ihm noch mehr bringen.

Das Bild über die „unsterblichen“ jählichen Gefängnisse wäre aber nicht vollständig, wenn wir nicht auch unteren Genossen die Zustände in Gleiwitz schildern würden.

in Genosse Schmidt.

### Eine moderne Folterkammer in Gleiwitz.

Überhöhte Zustände herrschen im Gleiwitzer Gefängnis, wo ernste Zustände herrschen im Gleiwitzer Gefängnis, wo eine große Anzahl politischer Gefangener inhaftiert ist. Jahrelang hält man kommunistische und parteilose Arbeiter dort fest, ohne auch nur im geringsten darauf Bedacht zu sein, diese Leute zur Verurteilung zu bringen. Daneben befinden sich auch dort eine Anzahl deutschberedeter Arbeiter, welche aber in Polen arbeiten und um ihre Arbeit in Pölnisch-Ober-Schlesien nicht zu verlieren, gezwungen waren einer polnischen Organisation beizutreten. Dies wird den Leuten auch als Hoch- und Landverrat angedeutet. Ein großer Teil der proletarischen Inhaftierten ist bereits seit zum vorigen Jahres in Untersuchungshaft, ohne daß ihnen der Termin gemacht wird, ja, bei einigen ist sogar noch nicht die Voruntersuchung als solche abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter vom Staatsgericht zum Schutze der Herrschaft kann annehmend, trotz des guten Kriminalaufwachtes, nichts Politisches als Belastung identifizieren und hält nur diese Arbeiter weiter fest. Neben diesen politischen Folterkammer, einer jahrelangen Untersuchungshaft kommt noch die ohnehin Dual hinzu, die sich auf Grund einer Nachricht eines dieser Gefangenen in folgendem äußert: Einer dieser proletarischen Gefangenen kommt dem Herrn Untersuchungsrichter besonders an den Kieren zu liegen. Aus diesem Grund wird er den übrigen Gefangenen ausgesetzt. Nicht genug, daß man ihm alle den Untersuchungsgefängnissen zuführenden Einrichtungen sperren hat, der Herr Untersuchungsrichter angeordnet, daß der Gefangene keine Lebensmittel erhalten dürfe. Ein anderer Untersuchungsgefangener wurde gezwungen, seine Zelle zu wechseln. In der neuen Zelle wimmelt es aber von Wanzen. Der Inhaftierte kann nicht schlafen. Er muß auf die Matratze liegen. Nachdem er das Treiben gegen die Wanzen beendet hat, zählt er nicht weniger als 146 (in Worten: Einhundertsechszehnjährig) keine und sogar fischlergroße Wanzenexemplare. Dürftig, eine ergebige Jagdbeute. Verwunderlich ist diese Tatsache nicht, — ist doch der Herr Gefängnisvorsteher ein ehemaliger „Major“ und kommt er jeden Tag in Begleitung seines Jagdhundes in den Dienst. Eigentlich schade, daß der Jagdhund nicht auf Wanzenjagd dressiert ist. Aber auch eine Menge anderer Missetatige sind noch vorhanden und speziell ist es das höhere Beamtenpersonal, welches sich am meisten in Schilfen gegen die Gefangenen ergeht. Die unteren Beamten werden von den höheren förmlich gezwungen, gegen die Gefangenen Front zu machen, was Widerwillen und Widersetzlichkeit bei den unteren Beamten schon öfters hervorgerufen hat.

Herr Präsident, das ist nur eine kleine Blütenlese aus der großen Sammlung der uns täglich zugehenden Notizbriefe aus den schlesischen Kerkerhöhlen!

Wir werden trotz aller Ihrer Verhöhnungen und Strafbücher öffnen, wie hunderte von Gefangenen durch Zustände darüber öffnen, wie hunderte von Gefangenen durch Zustände — für die Sie verantwortlich sind, Herr Präsident — justizmäßig forderlich und geistig zugrunde gerichtet werden.

Es ist uns bekannt, Herr Präsident, daß Sie sich einer sehr guten Gesundheit erfreuen.

Es ist uns auch berichtet worden, daß Sie eifriges Mitglied der Zentrumspartei sind.

Nun, Herr Präsident, es ist wohl nicht unbillig, wenn wir Sie daher — wie schon oft — auch heute anfordern, Ihre wertige Gesundheit und christliche Barmherzigkeit einer kleinen Belastungsprobe auszuweisen und zunächst mal acht Tage in der verwannten Zelle des Gleiwitzer Gefängnisses zu nächtigen?

Wir richten dieselbe Aufforderung an den Volkswachtredakteur, Dr. Mitglied der Breslauer Gefängniskommission, der für die verwanzten Zellen in der „Gruze“ mitverantwortlich ist, und der seit Jahr und Tag sein Amt dazu benutzt, um die Beschäftigten in den Breslauer Gefängnissen zu kerkern.

## Gewerkschaft.

### „Bergarbeiterführer“ Franz soll wieder aus der Kumpellammer herbeigeholt werden.

Der Sozialdemokrat Franz, der reformistische Führer des BVB, Ober-Schlesien, hielt im Landtag eine große Rede über Ober-Schlesien Bergbau. Franz, der in Ober-Schlesien bei den Bergarbeitern jedes Vertrauen verloren hat, kämpft sich in der ursprünglichen Organisation zum Vertreter der ober-Schlesischen Bergarbeiter auf. Er sagte, daß die deutsche Warte mit der amerikanischen nicht konkurrieren kann. Er machte dafür die Unternehmer verantwortlich, die mit den reichlichen Neuerungen an den Maschinen nicht Schritt gehalten haben. Herr Franz vergißt dabei das wichtigste, daß in die deutschen Schächte während der Inflation billiger waren als neue, gute, teure Maschinen. Deshalb konnte kein Kapitalist neue Maschinen, sondern ließ die alten stehen und war nur darauf bedacht, recht viel Profite zu erwirtschaften, um das Geld im Ausland anzulegen. Franz schloß seine Rede mit dem Schlußsatz, die Not der Bergarbeiter. Er sagte, die Not, die Erbitterung sind die tiefsten Ursachen für die wirtschaftlichen Kämpfe; auch dann, wenn die Kämpfe aus parteipolitischen Gründen von Kommunisten angezettelt sind. Er konnte sich nicht vorstellen, die Kommunisten herabzusetzen. Trotz aller Anstrengungen, Herr Franz, das Bürgertum ist nicht, verstanden, wobei, wenn die Kommunisten große Massenbewegungen auslösen. Herr Franz hat das gleiche. Er schloß seine Rede auf die Unternehmer. Um sich und seine Kollegen aber arbeiterbeliebt in Ober-Schlesien, unternehmerbeliebt in Deutschland zu machen, verweigert er sich in der Behandlung; die ober-Schlesischen Unternehmer mochten eine Ausnahme mit ihrer besonders harten, gewerkschaftsfeindlichen Haltung. Mit anderen Worten, die anderen deutschen Unternehmer sind gute Kerle. Sie sollen nur mit den Sozial-

demokraten verhandeln, denn sie sorgen für den Wirtschaftsfrieden. Die Sozialdemokraten wollen keine Kämpfe.

Der Schluß der langen Ausführungen des Sozialverräters Franz war eine unacheure Kommunistenhebe. In seiner Rede, daß er in Ober-Schlesien nichts mehr in sagen hat, verließ er sich sogar in der Behauptung, daß Roske keine Worte beizubringen habe. Roske aber weiß es selbst besser, denn er hat selbst erklärt: „Ich weiß, daß ich als Bluthund durch die Geschichte geschleppt werde.“

Herr Franz wird bei den ober-Schlesischen Kumpels kein Glück mehr haben. Durch große Landtagsreden, in denen er von der Not der Bergarbeiter spricht, schaffen ihm keine Sympathien mehr. Er hat ausgespielt. Er möge sich jetzt mit einem neuen Druckpoker umsehen.

### Die Streiks der schlesischen Papierarbeiter.

Der Streik in der Ziegenhaller Papierfabrik brach nach 4 Tagen zusammen, der Streik in der Papierfabrik in Weltende bei Hirschberg endete mit einem Erfolg der Arbeiter. In Ziegenhals haben die Kommunisten den ausschlaggebenden Einfluß. In Weltende spielen die Reformisten die einflussreiche Rolle.

Wie ist das zu erklären? Was war hier los? Sind die Sozialdemokraten Kämpfer und die Kommunisten Reformisten geworden?

Die schlesischen Papierfabrikanten wollen wie die anderen Unternehmer die Beseitigung des Achtstundentages, die Beseitigung des Urlaubs und den Lohnabbau.

Ein Kampf in der schlesischen Papierindustrie war deshalb unvermeidlich. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, besonders der Herr Polmer in Ziegenhals, wollten den Kommunisten den Vortritt lassen. Was taten sie? Sie traten in den Kampf und veranlaßten unsere Genossen in Ziegenhals ebenfalls zu kämpfen. Soweit ganz gut. Aber das ganze war nur ein abgekartetes Spiel. Die Unternehmer und ihre Erbsen, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer von Hirschberg, hatten ein gleiches Interesse daran, die Kommunisten zu schlagen und sie bei der Arbeiterschaft um das Vertrauen zu bringen. Darum ließen die Unternehmer, die dieses Mal weitlicher waren, in Weltende von fast allen ihren Forderungen ab, um ihre ganze Kraft nach Ziegenhals zu werfen.

Polmerische Kreise sorgten nun dafür, daß 32 revolutionär gekannte Arbeiter und Kommunisten in Ziegenhals nicht mehr eingeschickt wurden. Den zweiten Gewerkschaftsleiter von Ziegenhals, den Kollegen Scholz (Kommunist) wollte man die reformistische Gewerkschaftsautorität, wie geplant, für den Mißerfolg verantwortlich machen. Kollege Scholz sollte entlassen werden. Die Ziegenhaller Papierarbeiter wehrten sich gegen diese Gemeinheit ganz energisch und erklärten, daß Kollege Scholz nur von der Generalversammlung abgelehnt und entlassen werden könne.

Die Konferenz wurde von den Reformisten einberufen. Sie beschloß mit großer Mehrheit, daß

Kollege Scholz weiter Gewerkschaftsvertreter bleiben soll. Ein Zeichen wie gut unser Genosse Scholz und unsere Genossen sich im Kampf geschlagen haben! Ein Zeichen, daß sie das Vertrauen der Arbeiter haben!

Die Reformisten haben in Weltende erreicht, daß der 8-Stundentag erhalten bleibt, daß aber in der Abfertigung in den ersten 14 Tagen 9 Stunden gearbeitet wird. Ferner wird keine Wahrungung ein. Der Urlaub wird nicht gestürzt.

Dieser Sieg ist ein Pyrrhussieg. In Zornitz, einige Kilometer von Weltende entfernt, wurde von den Papierfabrikanten die 12stündige Arbeitszeit verlangt. Die Kommunisten Papierarbeiter lehnten das ab und sollen deshalb ausgeperrt werden. Die Folge wird die Ausperrung in Weltende sein, da die Unternehmer geschlossen vorgehen werden.

Nachdem die Arbeiter in Ziegenhals besiegt worden sind, nachdem die gefährlichsten, hartnäckigsten Feinde des Unternehmertums, die Kommunisten, geschlagen worden sind, hoffen die Unternehmer, bei einem zweiten Vorstoß gegen Weltende ein leichteres Spiel zu haben. Wenn dieser neue Kampf in Weltende ausbrochen wird, werden die Arbeiter das abgekartete Spiel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchschauen und zu uns, den Kommunisten, hofen.

Unsere Kommunisten in Ziegenhals muß es eine Lehre sein, zu lernen, daß es manchmal aus taktischen Gründen klug ist, den Streik auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, um den Sozialverrätern das Gelingen von Provokationen, gemeinsam mit den Unternehmern zu verweigern.

Papierarbeiter Schlesien! Treiet für die 32 gemahregelten Kollegen ein! Unterstützt sie!! Rühret zum nächsten Kampf!

### Ortsanschlüsse des BVB in Landeshut.

Die am 16. Juli stattgefundene Sitzung befaßte sich in der Hauptsache mit der am Sonntag den 27. Juli von 11—2 Uhr im Stadionsportplatzsaal stattfindenden Wahl der Arbeitervertreter zum Kreisgewerbegericht. Von Seiten der Arbeitnehmer sind beziehungsweise 3 Vorschlagslisten eingegangen:

- Liste I der freien Gewerkschaften.
- Liste II der christlichen Gewerkschaften.
- Liste III der Werkmeister und An- u. Zellen.

Trotzdem in der freigewerkschaftlichen Liste allen Betruen und auch den im Wahlort organisierten Werkmeistern und Angestellten Rechnung getragen wurde, haben letztere es fertig gebracht, mit den den Grundrissen des Verbandes entgegenstehenden gelben Organisationen und Richtungen eine gemeinsame Liste zu bilden. Ein Schandspiel für Götter, die jederzeit getreuen, unteren Angestellten des Kapitals mit ihren Anstrengungen vom Schlage eines Schütz, Riepel und Leichmann an einem Stränge ziehend zu sehen. Den Schanden davon haben die reichstündigen Arbeiter, Handwerker und Angestellten; denn was bei dem bekannten Abhängigkeitsgefühl dieser Parteien herauskommen wird, kann sich heute schon jeder Rechtshabende vorstellen. Aus diesem Grunde ist es Pflicht aller sich ihr bürgerlich übergeben Arbeiter, Handwerker und Angestellten, am kommenden Sonntag vollständig zur Stelle zu sein und die Liste I mit folgenden Beiräten zu wählen:

- Herrmann Friedrich, Weber, Ober-Schlesien; Rühl Friedrich, Dandeder, Landeshut; Meier Johann, Werkmeister, Landeshut; Fuchs Heinrich, Tischler, Liebau; Heister Paul, Borgellanarb., Hatelbas; Krause Georg, Glasarbeiter, Liebau; Sawatschki Edmund, Fabrikarb., Liebau; Reichlein Richard, Maurerpolier, Landeshut; Fischer Willi, Schmied, Landeshut; Schmal August, Hebler, Liebau; Rühl Gustav, Tischler, Landeshut; Witsch Emil, Schreier, Landeshut.

Kollegen und Kolleginnen! Ihr laßt es nun in der Hand, für die nächsten 6 Jahre unsere Betruen zu wählen, die während der unruhigen Jahre werden realistischen Markt des Kapitals eure Rechte bei Differenzen und Lohnstreitigkeiten wahrnehmen gewillt sind. Macht, soweit Ihr in der Wahlzettel eingetragen seid, von eurem Recht Gebrauch! Macht und Stimm für die Liste I Reimann, Ollm.

### Frauenversammlung der Ausgesperrten in Kohnau.

Am 17. Juli fand hier eine Frauenversammlung der Ausgesperrten statt, welche von 130 Frauen besucht war. Die Tagesordnung lautete: Die Frau als Trägerin im Wirtschaftskampfe. Der Vorsitzende des BVB, bedauerte, daß noch viele der Versammlung ferngeblieben seien, da auch hier die Frauen den Wirtschaftskämpfen noch weit zurückstehen und es notwendig ist, daß sie eingehend aufgeklärt werden.

Kollege Knorr, von der Bezirksleitung des BVB, erläuterte nun nochmals den Gang der Verhandlungen bis zur Ausperrung. Die Arbeitgeber lehnten auch den für verbindlich erklärten Schiedsspruch, ohne mit einer Wimper zu zucken, ab und warfen die Arbeiter brutal auf die Straße. Er führte ihnen dann die Löhne der letzten Jahre, besonders in der Inflation, vor Augen, fragte, ob sie umfände gewesen wären, die Hungerpfennige, die damals noch nicht für das Allernotwendigste reichten, vielleicht die heruntergerissenen Kleidungs- und Wäschestücke erleben konnten. Weiter möchten sie sich ihre Bleichen und höhlwanigen Kinder betrachten; ob das nicht der beste Beweis dafür ist, endlich einmal bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Er forderte die Frauen auf, mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen bis zum endgültigen Siege. Wenn die Unternehmer am Fabrikator Zettel verteilen lassen, und auffordern, für dieses und jenes Angebot zu arbeiten, so sei darauf nicht zu achten. Die Ausbeute wollen die Vereinigkeit der Arbeiterschaft bewerkstelligen, um die Organisation zu vernichten. Gelingt ihnen dieses, so sind wir dem Kapital preisgegeben. Darum appellierte Knorr an die Frauen: wenn irgendwo Dankemütigkeit vorhanden sind, stützt sie auf und erklärt ihnen, daß nicht eher nachgegeben werden kann, bis die Männer das erreicht haben, was ihnen zusteht.

In der Diskussion wurde von der Versammlung die Abschaffung des Minutenaufbords gefordert. Die Ausschüsse zeigten einen großen Kampfesgeist der anwesenden Frauen. Auch die Ausgesperrten ist noch als gut zu bezeichnen.

## Breslau.

### Wieder eine Blamage des Staatsanwaltes.

Vor dem Antifaschistentag im Juli v. J. brachte die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, gegen das Gewerkschaftsrecht des Antifaschistentages in den Betrieben Stellung zu nehmen und dafür zu sorgen, daß der Aufmarsch am 29. Juli sich dreifach wichtig gestalte. Der Staatsanwalt erblickte hierin den Tatbestand der Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Genosse Artur Dombrowski, der für die betreffende Nummer der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ verantwortlich zeichnete, wurde in erster Instanz trotz aller staatsanwaltschaftlichen Bemühungen freigesprochen.

Gegen dieses Schöffengerichtsurteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Genosse Dombrowski hatte sich am 22. Juli vor der 2. Strafkammer zu verantworten. Der Herr Staatsanwalt ließ alle Kräfte seiner nicht gerade glänzenden Beredsamkeit spielen, um das Gericht davon zu überzeugen, daß mit dem „Aufmarsch“ nur die von Gewerkschaften verbotenen Straßendemonstrationen gemeint sein können. Der Artikel sei ein Stein in dem Gebäude der KPD, das dazu bestimmt sei, den Staat zu untergraben.

Auch den „schwarzen Freitag“ und die Oktoberereignisse mußte der Herr Staatsanwalt aus, um Stimmung gegen KPD, und die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ zu machen. Er beantragte 100 Mark Geldstrafe.

Genosse Dombrowski hob in seinem Schlusswort hervor, daß die Ausführungen des Staatsanwaltes nicht gegen die zur Anlage stehende Handlung, sondern gegen die Tendenz der KPD, und der „Schl. A.-Ztg.“ gerichtet waren.

Es sei bezeichnend, daß derselbe Staatsanwalt in einem anderen Prozeß gegen ihn seinen Antrag ausdrücklich mit der Tendenz der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ begründet habe. Daraus geht hervor, daß der Staatsanwalt unter allen Umständen den Kommunisten beirteilt haben will.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf Freisprechung des Genossen Dombrowski.

Der Herr Staatsanwalt hatte sich also wieder einmal vergeblich in große geistige Anstrengungen gestürzt.

### Warum keine Antwort?

#### Scheuen sich die Behörden zu antworten?

In Nummer 76 forderten wir die Staatsanwaltschaft auf, zu antworten auf die Anklagen, die unter dem Titel:

Der geheimnisvolle Tod eines Arbeiterkubdes erhoben wurden.

In Nummer 77 fragten wir das Wohnungsamt:

Warum bekommen die Wohnungslosen keine Wohnung?

Ein Herr Schniger, Moritzstraße 6, bewohnt als einzelne Person 5 Zimmer und eine Küche.

In Nummer 81 verlangten wir unter dem Titel:

„Sammer noch wilhelminische Wahrzeichen“ die Beseitigung des königlichen Adlers in der Vorhalle des Oberlandesgerichts. Weiter die Entfernung von sechs Hohenzollernbildern im Saal 22 des Oberlandesgerichts. Ferner das am Bahnhof Oberdorf befindliche Schild: Königliche Bahnhofsmeisterei 7.

Ferner forderten wir Aufklärung über die Mischgeschäften in der Kurassierkaserne, die wir mit der Überschrift:

Korruption in der Reichswehr? kennzeichneten.

In Nummer 85 richteten wir einen

Offenen Brief an das Wohlfahrtsamt Breslau!

Auf diese Anklagen, Forderungen und Fragen haben Staatsanwaltschaft, Wohnungsamt, Oberlandesgericht, Eisenbahndirektion und Wohlfahrtsamt nicht geantwortet.

Wenn die Staatsanwaltschaft nicht in Betracht kommen will, selbst die Aufdeckung des geheimnisvollen Todes eines Arbeiterkubdes zu verhindern, muß sie antworten.

Wenn das Wohnungsamt nicht in den Bedacht von Durchstechereien kommen will, muß es antworten.

Wenn das Oberlandesgericht und die Eisenbahndirektion nicht als monarchistisch gerichtet werden wollen, müssen sie für Beseitigung der wilhelminischen Wahrzeichen sorgen.

Wenn das Wohlfahrtsamt nicht der Sabotage der Wohlfahrtspflege überführt sein will, muß es antworten.

Heraus mit der Sprache!

Die Wahl der Beisitzer des Gewerbegerichts ist auf Mittwoch, den 17. September, festgesetzt worden. Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis spätestens 20. August d. J. die Vorschlagslisten beim städtischen Wahlamt im Kaufhaus, ersten Stock, Zimmer 59, einzureichen. Nähere Anstalten werden daselbst oder im Magistratsbüro X, An der Wobelschirke 3/4, erteilt.

Arthur Wiesner, der bekannte proletarische Kämpfer, verabschiedet sich von Breslau am Mittwoch, den 30. Juli, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, der anlässlich des jährlichen Weltkriegsbeginns dem Gedächtnis der „hingeschlachtenen Völker“ gewidmet ist. Wiesner spricht aus Werken von H. Barbusse, M. Barthelemy, August Strindberg, M. Martiniel, Rosa Luxemburg, Oskar Kanehl, Ernst Toller und anderen. Eintrittskarten zu 50 Hg. in unserer Nachhandlung, Treppenhofstraße 50, und abends an der Kasse. Es wird Wasserbesuch erwartet.



Dreiviertel Jahr später kam der Zusammenbruch. Als die Kunde von der Eroberung des Proletariats auch zu uns kam, gingen die Arbeiter, und darunter wieder sehr viele Frauen, ihre Gewissen ebenfalls zum Verlassen des Weltkriegs aufzureißen. Sie rechneten es ab, als die Führer des Weltkriegs ausgedrückt werden sollten, wehrten sie sich wie die Löwen. Da der Katerne wurde dann ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Am Mittwoch kamen auch die SPD-Führer und wollten dabei sein. Dieser gelang ihnen das. Aber sie mußten es bis heute noch hören, daß sie die Revolution verschlafen haben.

Selber sind im Laufe der Zeit alle Seiten und deren Arbeiter von der Arbeiterfront begeben worden. Wäre das nicht der Fall, hätte die SPD, es heute nicht tragen, die Arbeiter mit ihren Wagnissen: "Wie wieder Krieg?" zu befehlen. Wäre es doch getate Sozialdemokraten, die den Krieg aufs effiziente mit allen Mitteln unterstützen haben.

Wenn das alles während der Jahre wieder tun. Die sind la. "Klassenkampf", auch wenn die Arbeiterfront dabei zu Grunde geht. Die Arbeiterfront muß erkennen: Solange der Kapitalismus besteht, wird es imperialistische Kriege geben. Daher erweckst und die Arbeiter, auch die SPD, das Kapitalismus hervorzulassen, erst dann werden wir solche Klassenkampfaktionen ummöglich machen.

### 2 Tage aus dem Leben einer Kriegerfrau.

Sich voll Avel Tage aus dem Leben einer Arbeiterfrau während des Krieges schildern, weiß das nicht eine, sondern Millionen Arbeiterfrauen hinzugebracht haben. 2 Tage nachts. Während der Nacht über die ich von ihrem Lager streife noch dem Tag, nicht über die ich von vielen Wachen ohne gewöhnlichen Strümpfe ein paar Male, schlüpf in die großen Holzstühle (Strümpfe), — und dann geht es hinaus in die bunten Nacht.

Einmalen bleibt der Erde durch die Straßen. Von Nacht hinunter riefst herab der erste Schrei. So geht es durch einige Straßen bis zur Verkaufsstelle für Abfallstoffe und Mülltonnen. Schon sehr Frauen sind zur Stelle. Still ist die Wartung. Fast alle haben sich irgendeine Sitzgelegenheit mitgebracht, um die lange Wartezeit bis zur Erfüllung der Veranlassung auszuhalten zu können. Die letzten Wachen über die die Gewandlung an der Arbeiterfront haben alle Frauen das sehr schwer gemacht. Der langsame schreit die Zeit dahin. Als und es ist eine der Frauen auf, um die hell gestrichelten Stühle wieder in Bewegung zu setzen. Während dieser Zeit ist die Zahl der Arbeiter, sondern laufend Frauen hatten nun schon das Augenmerk der

Grundlich ist es so weit. Der Verkauf der schon restlos von Fleisch befreiten Mispfen kann beginnen. Trotzdem nur eine ganz geringe Wartezeit an leben abgegeben wird, erhalten doch nicht alle Frauen die so heiß begehrte Ware.

Noch halb hell vom letzten Wachen geht sich die Arbeiterfrau auf den Heimweg, um sich und ihre vier Kinder wieder eine warme Mahlzeit zu bereiten. Denn nicht jeden Tag gibt es nach langem Warten Mülltonnen. Die Entlohnung ist wieder verabschiedet worden, auch mit der Keurung muß man sparlos sein, denn das wolle Kriegsverordnungen gibt den Arbeiterfrauen nur einen ganz geringen Teil. Schon um 4 Uhr beginnt sich die Familie zu wecken, denn Petroleum ist nicht zu bekommen und auch der Preis für ein Gasrohr ist so hoch, daß er nicht zu ertragen ist. Das stärke Aufbegehren ist auch sonst ganz natürlich, man spart dadurch eine Mahlzeit, denn während des Schlafes spürt man den Hunger nicht so sehr.

Es geht früh am nächsten Morgen heißt es wieder aufstehen, denn die Kinder brauchen notwendige Frischluft und um 9 Uhr wird das Kriegsverordnungsamt geöffnet. Trotzdem unter Arbeiterfrau eine ganze Stunde Wartezeit mitgebracht hat, scheint eben doch noch irgendein Brief zu fehlen. Nicht weniger als vier verschiedene Wartezeiten mit dreimal so viel Warten muß sie bestehen, um den gewöhnlichen Bezugschein zu erhalten. Wartezeit ist es schon Mittags geworden. Auf dem Nachhausewege beschließt sie noch ein paar Kartoffeln zu bekommen, aber ein Geldscheinübergabe nach dem anderen erklart, daß keine mehr vorhanden sei. Als sie jedoch irrenbiv durch das energetische Aufstehen eines Feldarbeiters noch ein paar Kartoffeln bekommt, ist sie froh, den Kindern wenigstens diese geben zu können. Wäre und abgepasst kommt sie nach Hause und dann geht es auch halb wieder ins Bett. Und mit Frauen denkt man an den nächsten Tag, wo Essen und Soufflet ihre Fortsetzung nehmen.

Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen! Das alles, und Schwerkere haben wir während des Krieges erlebt. Wir haben für das "Waterland" Hunger gestiftet, sind in den Fabriken

ausgebeutet worden, und die Reichen haben herrlich und in Frieden gelebt. In den Fronten haben unsere Männer in den Schlachtfeldern geleidet, haben "Pionierarbeiten" leisten müssen und die anderen die Offiziere haben sich sichere Werts summt sein und uns für die Kapitalklassen abschächeln und zu gründerlichen lassen! Zu die Köpfe unserer Wirtschaftler müssen wir hineintragen den Gedanken: Krieg dem Krieg! Krieg der herrschenden Klasse! Die Arbeiter müssen die Macht ergreifen!

### Klassenkampf! — Der einzige Ausweg.

Bei Ausbruch des Weltkrieges war ich schon mehrere Jahre in der Sozialdemokratischen Partei organisiert. Ich hatte viele Frage kassiert, Flugblätter verbreitet, hatte Verammlungen be- sucht, aber warum die Sozialdemokratische Partei die Kriegs- kredite bewilligte, das wollte mir nicht in den Kopf. Es gab mehrere Gruppen, die nicht damit einverstanden waren. Mein Mann und ich kamen mit ihnen zusammen. 1915 sammelte sich zuerst eine kleine Gruppe, die "Opposition". Wir haben heimlich auf einem Verbandsbüro, dessen Leiter auch zur Opposition gehörte, Flugblätter hergestellt, die wir an die Frauen schickten und in den Betrieben verteilten. Aber wir wurden immer weniger. Einer nach dem anderen bekam den "roten Zettel" und mein Mann mußte 1916 mit hinaus.

Nun mußten hauptsächlich wir Frauen die Arbeit machen. Wenn Arbeiterinnen standen wir furchtbar, nicht wegen des demütigenden Diktator, sondern um statt Viehweides "Krieg den Krieg!" den Frauen verständlich zu machen. Wo es Kar- toffeln, Brot, Milch, Wurst, Kohl gab, immer waren wir dabei. Wie oft hat der Schuhmann uns nach Hause geschickt, weil wir die Frauen revoltieren machten. In Kinderwagen und in Marktschiffen haben wir den Genossen die Flugblätter gebracht. 1917 kam ich in Schwabach. Es war irgendeine alte Adresse aufgelassen und ein Brief von mir geschoben worden. Ich weiß nicht, was für ein Brief wurde ich entlassen, aber nur deshalb, weil mein Mann auf Urlaub kam. Er mußte wieder an die Front, und auch ich ging wieder in meinen Frontdienst zurück.

Die Polizei stellte einen Spieß aus einer anderen Stadt in unsere Reihen. Drei Jahre lang hatte sie nichts entde- cktes Versteht, an das Unbehagliche nicht heranlangen. Aber wir mußten unsere "Flugblattarbeit", die sehr primitiv aus einer Schreibmaschine und einem Abzugapparat bestand, vor- legen. Durch das Vertrauen, daß ein Genosse dem Spieß ent- gehen würde, kam die Geschichte heraus. Nicht Komplexen wurden befreit. Urteil: Eine Genossin neun Monate Ge- fängnis, eine andere zwei Jahre Gefängnis, zwei Genossen zwei Jahre Gefängnis, ich bekam zweieinhalb Jahre Gefängnis mit der Begründung, ich sei sehr intelligent.

Es war nicht schön in dem Gefängnis. Sehr Essen ohne Wunden, kein Fett, der Magen drückte sich unbehaglich und bei Hunger. Es war ein sehr kalter Sommer. Strümpfe gab es nicht, denn das Waterland hatte keine Wäsche.

Als ich vierzehn Tage dort war, bekam ich die Nachricht, daß mein Mann verurteilt sei. Er kam in ein deutsches Lager. Schreiben konnte ich ihm nicht, denn Buchstausaufnahme dürfen nur alle vier Jahre einen Brief schreiben und viermal jährlich einmal zehn Minuten mit ihren Angehörigen sprechen. Jedes Tages es waren erst zweieinhalb Monate meiner Zeit herum, meiste die Aufsicht: "Machen Sie sich fertig, es kommen Sie mit nach vorn. Die haben Besuch." Ich konnte mich jetzt befehlen? Die Zeit war doch noch garnit herum! Meine Schwägerin war es, die mir mitteilte, daß mein Mann geflohen sei. Nach zehn Jahren mußte ich wieder in meine Zelle und Schützgen nähern. Aber diese Zeit ich nichts schreiben.

Die Zelle meines Mannes wurde an einen Ort für fünf Monate, ich bekam 24 Stunden Urlaub, um zur Verlobung zu gehen. Es waren nur noch ganz wenige unserer Freunde, ein Teil war eingezogen, ein anderer ebenfalls verhaftet. Unsere Arbeit war nicht uninteressant gewesen. Die Arbeit meines Mannes wurde eine große Demonstration durchgeführt, die für das gefällige Kapitalistische Waterland nicht mehr durch hatten wollten.

Wier Monate lang bin ich dann noch wieder zu den Frauen- und ins Gefängnis gegangen, bis uns die Revolution befreit hat. Wollen wir noch einmal wieder all die Entbehrungen, all den Hunger? Warum machen wir nicht vorher Revolution, damit neue Weltkrieg verhindert wird? Geht mit, ihr proletarischen Frauen!

Gefängnisstadt-Drucker G. m. b. H., Berlin SW. 46, Friedrichstr. 225.

# Die Kommunistin

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Gegründet und unter ständiger Mitarbeit von Clara Zetkin

Nr. 7

Die Kommunistin erscheint  
2 mal monatlich.

Berlin, 25. Juli 1924

Jahrg. 6

Verlag: Zentralverlag der Arbeiterpartei Deutschlands, Berlin SW. 46, Postfach 17.  
Zentralverlag für die Arbeiterpartei Deutschlands, Berlin SW. 46, Postfach 17.



**Wieder mit der drohenden Kriegsgefahr!  
Helft mit, Ihr proletarischen Frauen!**



